

Finanzausgleich

Wirtschaft fühlt sich ungerecht behandelt

Die Aargauer Regierung hat letzte Woche den neuen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden in die Anhörung geschickt. Die Reaktionen der Parteien waren mehrheitlich positiv. Die vorgeschlagene Aufgabenteilung schein gut abgesprochen, lobte etwa die FDP. Nun meldet sich die ihr nahestehende Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) einiges kritischer zu Wort.

Zwar stört sie sich nicht an der Verteilung der Gelder. Dafür an der Mittelbeschaffung. Sie kritisiert, dass der Grosse Rat mit dem Budget 2015 «die Steuern für juristische Personen zugunsten des Finanzausgleichfonds still und leise um fünf Prozentpunkte erhöht hat.» Dies belaste die Unternehmen in einer wirtschaftlich nicht einfachen Zeit um 15 bis 20 Millionen Franken zusätzlich. Eine Begründung dafür, «wieso ausgerechnet die Wirtschaft kleine und ressourcenschwache Gemeinden über Wasser halten soll, sehen wir weder in der Vernehmlassungsvorlage noch sonst wo», schreibt die AIHK. Es sei nicht Aufgabe der Wirtschaft, ineffiziente Strukturen zu finanzieren und zu erhalten.

Zwar können die juristischen Personen vom Steuerzuschlag befreit werden. Jedoch nur, wenn der Bestand des Finanzausgleichsfonds über dem Vierfachen einer Jahresausgabe liegt. Die juristischen Personen würden damit massiv schlechter gestellt als die natürlichen, so die AIHK. Dies gelte es in der nun angelaufenen Revision des Finanzausgleichssystems zu beseitigen. (PER)